

Europa

Europa im globalen Wettbewerb

Position
Stand: April 2021

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Europa muss eine selbstbewusste Rolle auf dem Weltmarkt einnehmen

In der Weltwirtschaft ist eine Kräfteverschiebung im Gange – weg von den klassischen Industriestaaten hin zu den Schwellenländern vor allem im asiatisch-pazifischen Raum. Ein entscheidender Treiber für diese Entwicklung ist China. Gerade in Europa sind, vor allem demografiebedingt, die Wachstumspotenziale begrenzt.

Diese Verschiebungen gehen einher mit einem zunehmenden Trend zu Protektionismus und De-Globalisierung. Die Rivalität zwischen China und den USA um die Vormachtstellung in der Weltwirtschaft trägt ihr Übriges dazu bei und bringt die Welthandelsordnung in Gefahr.

Für Europa bedeutet dies eine besondere Herausforderung. Die EU ist mit allen Regionen der Weltwirtschaft eng verflochten und künftig mehr denn je auf Freihandel und internationale Arbeitsteilung angewiesen. Deshalb muss sich Europa einem Decoupling und einer drohenden Bipolarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen.

Europa muss selbstbewusst als eigenständiger und stabilisierender Akteur auf dem Weltmarkt auftreten und sich für eine auf Freihandel basierende Welthandelsordnung einsetzen. Als starker Wirtschaftsstandort und intern gefestigte Gemeinschaft kann die EU diese Rolle einnehmen.

Bertram Brossardt
26. April 2021

Inhalt

Position auf einen Blick	1	
1	Der Wirtschaftsstandort EU	3
2	Die Integration der EU in der Weltwirtschaft	5
2.1	Außenhandel	5
2.2	Internationale Wertschöpfungsketten	5
3	Die Position der vbw	7
3.1	Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen	7
3.2	Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken	7
3.3	Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden	8
3.4	Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel stark machen	9
3.5	Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren	10
3.6	Europa muss zu den USA und zu China gute Beziehungen unterhalten	10
3.7	Europa muss für fairen Wettbewerb eintreten	11
Ansprechpartner / Impressum	13	

Position auf einen Blick

Ein starker europäischer Wirtschaftsraum kann die Weltwirtschaft stabilisieren und den Freihandel bewahren

Europa ist ein starker Wirtschaftsraum, verliert global aber sukzessive an Bedeutung, sowohl als Produktionsstandort als auch als Absatzmarkt. Die Länder der EU sind nach wie vor bedeutende Industriestandorte, doch sie büßen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein – nicht nur gegenüber den dynamisch wachsenden Schwellenländern, sondern auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Die Integration im europäischen Binnenmarkt ist für die europäischen Volkswirtschaften von großer Bedeutung, aber die EU ist auch mit den anderen Weltregionen eng vernetzt, wodurch Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa gesichert werden.

Die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse werden sich weiter verschieben. Europa wird allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den neuen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann sie nur mit Selbstbewusstsein aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

Das heißt konkret:

- Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen
Freihandel und internationale Arbeitsteilung führen zu Wohlstand und Beschäftigung. Gerade Europa, das demografiebedingt an Wachstumspotenzial verliert, ist auf einen freien Waren- und Dienstleistungshandel angewiesen
- Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken
Um weiterhin von der Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa einen wettbewerbsfähigen Standort, an dem Wertschöpfung, Investitionen und Innovationen möglich sind, vor allem im industriellen Bereich.
- Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden
Nur eine geeinte und intern gestärkte EU kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten. Dazu muss der Binnenmarkt vollendet werden.
- Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel stark machen
Die EU muss sich gemeinsam mit möglichst vielen Partnern für eine Reform der Welt Handelsorganisation WTO einsetzen, um wieder ein verlässliches und faires multilaterales Handelssystem sicherzustellen.

[Position auf einen Blick](#)

- Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren
Parallel zu einer Reform der multilateralen Welthandelsordnung sollte die EU auch bilaterale Abkommen mit wichtigen Wirtschaftsräumen vorantreiben, um vom Freihandel zu profitieren und ein klares Signal gegen Protektionismus zu setzen.
- Europa muss zu den USA und zu China gute Beziehungen unterhalten
Es ist im europäischen Interesse, sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Die EU muss der zunehmenden Bipolarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken und als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren.
- Europa muss für fairen Wettbewerb eintreten
Die EU muss ihre handelspolitischen Instrumente weiterentwickeln, um ihren Markt und ihre Unternehmen vor unlauteren Handelspraktiken und vor der Einflussnahme staatlich subventionierter Unternehmen zu schützen.

1 Der Wirtschaftsstandort EU

Ein starker Standort vor großen Herausforderungen

Europa ist ein bedeutender und wettbewerbsfähiger Standort. Allerdings bestehen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Wirtschaftsregionen. Zudem nimmt der Vorsprung gegenüber vielen Schwellenländern zunehmend ab.

In der jährlich aktualisierten vbw Studie *Industriestandort Bayern im internationalen Vergleich* befinden sich zwar vier EU-Staaten – Schweden, Deutschland, Niederlande und Dänemark – sowie die Schweiz und das Vereinigte Königreich im Niveauranking unter den TOP 10. Allerdings erreichen die europäischen Industrieländer insgesamt einen niedrigeren Standortqualitätsindex als die außereuropäischen Industriestaaten. Angeführt wird das Ranking von den USA. In der Gruppe der Schwellenländer schneiden die europäischen Volkswirtschaften etwas besser ab als die asiatischen.

Abbildung 1

Niveauranking der Standortqualität nach Regionen

Land	Punkte	Bedeutendste Stärken
Industrieländer	118,9	
Europa	116,6	Infrastruktur, Staat
Andere	124,9	Staat, Infrastruktur
Schwellenländer	81,9	
Europa	87,1	Kosten
Asien	86,2	Kosten
Andere	73,1	Kosten
Ø 45 Länder	100	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, Niveauranking (vbw, IW Consult; 2020)

Der europäische Wirtschaftsstandort verliert aber an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt das Dynamik-Ranking der vbw Studie. Hierin spiegelt sich wider, wie sich die industrielle Standortqualität über die letzten Jahre entwickelt hat. In diesem Ranking schneiden die Schwellenländer wegen ihres niedrigeren Ausgangsniveaus erwartungsgemäß besser ab als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Allerdings entwickelte sich die

Standortqualität der europäischen Industrieländer deutlich schlechter als die der außereuropäischen Wettbewerber. Zudem erreichen die europäischen Schwellenländer einen spürbar geringeren Indexwert als die Emerging Markets in Asien. Das bedeutet, dass die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften langsamer aufholen als die dynamischen Staaten Asiens.

Abbildung 2

Dynamikranking der Standortqualität nach Regionen

Land	Punkte	Bedeutendste Verbesserungen
Industrieländer	93,3	
Europa	91,8	Wissen
Andere	97,2	Staat
Schwellenländer	105,3	
Europa	101,2	Infrastruktur, Kosten, Ressourcen
Asien	114,1	Staat, Kosten, Markt, Ressourcen
Andere	101,6	Markt, Ressourcen
Ø 45 Länder	100	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, Dyamikranking (vbw, IW Consult; 2020)

2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft

Starker Binnenmarkt, der in der Weltwirtschaft eng verflochten ist

Die Länder der EU sind intern stark verflochten, zugleich sind sie aber auch mit anderen Regionen der Weltwirtschaft eng vernetzt.

2.1 Außenhandel

Im Außenhandel der EU-Staaten spielt der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle. 2020 haben die EU-Länder Waren im Wert von 2,843 Billionen Euro in andere Mitgliedsstaaten exportiert, das entspricht einem Anteil von 60 Prozent an allen Exporten der EU-Staaten. Der Wert der Warenimporte lag bei 2,781 Billionen Euro, das sind 62 Prozent aller Einfuhren. Der europäische Export in die übrige Welt teilt sich entsprechend den Ergebnissen der vbw Studie *Verschiebungen in der Weltwirtschaft – Gefahr für die ökonomische Dominanz des Westens* wie folgt auf: Ein knappes Fünftel ging in den amerikanisch-westlichen Raum, ein gutes Fünftel in den asiatisch-afrikanischen Raum.

Angesichts der großen Bedeutung der EU als Handelsraum sorgt der Waren- und Dienstleistungsaustausch innerhalb der EU für ein hohes Maß an Wertschöpfung und Beschäftigung. Doch auch der Außenhandel mit den anderen Partnern generiert und sichert in nicht unerheblichem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Nach der o.g. vbw Studie hängen EU-weit fast neun Millionen Erwerbstätige an der Wertschöpfung, die nach China und in den asiatisch-afrikanischen Raum geht. Die Wertschöpfung, die für die Vereinigten Staaten und den amerikanisch-westlichen Raum bestimmt ist, sorgt für weitere fünf Millionen Erwerbstätige.

2.2 Internationale Wertschöpfungsketten

Wie beim Außenhandel findet ein Großteil der europäischen Direktinvestitionstätigkeit innerhalb der EU statt. Knapp die Hälfte der europäischen Direktinvestitionsbestände befindet sich in anderen EU-Mitgliedsländern. Außereuropäisch spielen die USA die größte Rolle als Investitionsstandort. Auf sie entfallen 15 Prozent der europäischen Direktinvestitionsbestände, auf die anderen Länder aus dem amerikanisch-westlichen Raum weitere 22 Prozent. Der Anteil Chinas sowie der Länder des asiatisch-afrikanischen Raums liegt bei lediglich 17 Prozent.

Ein ähnliches Bild zeigt sich umgekehrt im Hinblick auf die ausländischen Direktinvestitionsbestände in der EU. Mehr als die Hälfte des ausländischen Direktinvestitionsbestands stammt aus anderen EU-Staaten. Auf die USA entfallen neun Prozent, auf die anderen Länder des amerikanisch-westlichen Raums weitere 24 Prozent. Direktinvestitionen aus China

machen nur zwei Prozent des Bestands in der EU aus, auf die anderen Staaten des asiatisch-afrikanischen Raums entfallen zwölf Prozent.

Direktinvestitionen wirken sich auch auf grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten aus. Auf Basis von Patentanalysen zeigt sich, dass die grenzüberschreitende Forschung europäischer Unternehmen zu 40 Prozent innerhalb der EU stattfindet. An zweiter Stelle folgen die Vereinigten Staaten. China spielt als Forschungsstandort für europäische Unternehmen bislang eine untergeordnete Rolle, die Bedeutung nimmt aber allmählich zu. Der übrige amerikanisch-westliche Raum (ohne die USA) ist als Forschungsstandort in etwa gleich wichtig wie der asiatisch-afrikanische Raum ohne China.

Eine große Bedeutung hat die internationale Arbeitsteilung für die EU bei der Rohstoffversorgung. Als rohstoffarme Region ist Europa auf Rohstofflieferungen aus anderen Weltregionen angewiesen. Von besonderer Bedeutung ist die Versorgung mit Energierohstoffen. Rund drei Viertel des importierten europäischen Ölbedarfs stammen dabei aus dem asiatisch-afrikanischen Raum. Ein Sechstel des europäischen Ölbedarfs kommt aus dem westlich-amerikanischen Raum, nur acht Prozent des Ölbedarfs der EU werden über den europäischen Binnenmarkt gedeckt. Auch bei den sog. Kritischen Rohstoffen – das sind Rohstoffe, die schwer oder gar nicht zu ersetzen sind – ist die EU auf außereuropäische Lieferanten angewiesen. Bei keinem der Kritischen Rohstoffe können mehr als 40 Prozent des EU-Bedarfs intern gedeckt werden.

3 Die Position der vbw

Als starker, selbstbewusster Wirtschaftsraum für freien Handel eintreten

In den kommenden Jahren werden sich die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zunehmend verschieben. Europa wird allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den neuen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann sie nur mit Selbstbewusstsein aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

3.1 Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen

Es gibt keine Alternative zu Freihandel und internationaler Arbeitsteilung. Die zunehmende Globalisierung hat sich als globaler Wohlstandstreiber erwiesen, sie schafft Wohlstand und Beschäftigung für alle beteiligten Staaten. Dies betrifft den Handel mit Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten. Globalisierung fördert Innovation, eröffnet Absatzchancen und sichert den Bezug von Rohstoffen.

Protektionismus und Handelskriege hingegen führen weltweit zu Wohlstandsverlusten. Die Abschottung einzelner Volkswirtschaften bis hin zu möglichen Blockbildungen – beispielsweise von China und dem asiatisch-afrikanischen Raum auf der einen Seite sowie den Vereinigten Staaten und dem amerikanisch-westlichen Raum auf der anderen Seite – würde die internationale Arbeitsteilung erheblich beeinträchtigen. Produktion, Einkommen und Beschäftigung würden auch in der EU deutlich sinken.

Die EU ist auf eine Wirtschaftsordnung angewiesen, die den ökonomischen Austausch weltweit möglich macht. Das gilt insbesondere für die nächsten Dekaden, wenn die europäischen Volkswirtschaften an Wachstumspotenzial einbüßen und die größten Marktpotenziale stattdessen in Asien und Nordamerika liegen werden.

3.2 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken

Um weiterhin von Freihandel und Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem eine starke Industrie. Wenn europäische Unternehmen auf den dynamisch wachsenden Märkten erfolgreich sein wollen, brauchen sie Standortbedingungen, die Investitionen, Innovationen und Wertschöpfung in Europa fördern.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Industrie als essenziellen Bestandteil der europäischen Wirtschaft sieht und ihr Gewicht stärken will. Die EU muss die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Standorts genauso entschlossen und umfassend sichern, wie es der Green Deal im Bereich der ökologischen Grundlagen anstrebt. Wir brauchen europäische Unternehmen, die nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Eine starke und wettbewerbsfähige Industrie trägt auch dazu bei, in kritischen Bereichen eine größere europäische Souveränität zu erreichen. Damit soll keinesfalls einer protektionistischen Politik das Wort geredet werden. Aber die Corona-Krise hat die Verwundbarkeit globaler Lieferketten aufgezeigt. Hierauf müssen Antworten gefunden werden.

Die entscheidenden Punkte einer europäischen Industriepolitik sind aus unserer Sicht:

- Vollendung des Binnenmarkts
- Reform der Fusionskontrolle und Anpassung der Beihilferegulungen
- Abschluss von Freihandelsabkommen
- Wenig Bürokratie, intelligente Regulierung
- Förderung von Schlüsseltechnologien und Unterstützung von länderübergreifenden Kooperationen
- In allen Politikfeldern Auswirkungen auf die Industrie berücksichtigen.

3.3 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden

Der gemeinsame Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten ist der Motor der europäischen Wirtschaft, Garant für Wohlstand und Stabilität sowie die Basis des Friedens in Europa. Er hat dazu beigetragen, EU-Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Er sorgt dafür, dass die EU, auf die 15 Prozent der weltweiten Handelsströme entfallen, als Handelsblock wahrgenommen wird und ihre Verhandlungsmacht ausschöpfen kann. Der EU-Binnenmarkt muss vollendet werden. Nur eine im Inneren geeinte und gestärkte Union kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten.

Es müssen noch etliche Hürden beseitigt werden, um die europäische Integration voranzubringen.

- Eine Stellschraube für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts ist die Neuausrichtung der Prioritäten der EU-Steuerpolitik. Dazu zählt zum einen die weitere Harmonisierung der Mehrwertsteuer, um den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu entlasten; zum anderen die Harmonisierung der Körperschaftsteuer und der Abbau von Steuerbürokratie, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern und die EU im internationalen Steuerwettbewerb zu stärken.
- Ein digitaler Binnenmarkt ist notwendig, um erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle auch im größeren Maßstab zu entwickeln. Die ehrgeizige Digitale Agenda der EU mit zusätzlichen Investitionen in Informations- und Kommunikationsnetze sowie die Förderung einheitlicher Standards zur Cyber-Sicherheit ist zu begrüßen. Forschung und Entwicklung erfordern europäische Strategien. Es darf aber nicht zu Überregulierung

und gesetzgeberischem Aktionismus kommen, vor allem im Umgang mit Daten und Algorithmen.

- Die Umsetzung und Digitalisierung des Energiebinnenmarkts müssen vorangetrieben werden. Im Rahmen des Green Deals müssen Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit erfolgreich miteinander verknüpft und die Industrie im Transformationsprozess unterstützt werden. Unverzichtbar sind leistungsfähige transeuropäische Netze für Energie und ebenso für Verkehr und Telekommunikation. Beim Ausbau der Infrastruktur für alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe müssen die Kräfte innerhalb der EU gebündelt werden.

3.4 Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel stark machen

Eine regelbasierte Welthandelsordnung soll sicherstellen, dass im weltweiten Handel nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern gemeinsame multilaterale Handelsregeln gelten. Die Gestaltung der internationalen Handelspolitik ist Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO). Ziel ist es, den globalen Handel durch Absenkung von Zöllen und Reduktion nicht-tarifärer Hemmnisse zu liberalisieren und durch gemeinsame Vorschriften sicherer zu machen. Die WTO befindet sich jedoch in einer Krise: Die Verhandlungen über eine kontinuierliche multilaterale Liberalisierung des Welthandels bleiben seit Jahren ohne wesentliche Ergebnisse; das WTO-Regelwerk ist veraltet, an vielen Stellen unklar und häufig schwer durchsetzbar; die zweite Instanz des Streitbeilegungsverfahrens, das sog. Berufungsgremium, ist wegen der Blockade durch die USA funktionsunfähig.

Gerade die europäische Wirtschaft ist auf Grund ihrer starken Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten auf verlässliche Regeln besonders angewiesen. Deshalb muss die EU gemeinsam mit einer möglichst breiten Allianz von Partnern für eine Reform der WTO und eine Stärkung des regelbasierten Welthandels eintreten. Es ist zu begrüßen, dass die EU in ihrer neuen Handelsstrategie eine Reform der WTO mit folgenden Eckpunkten fordert:

- Umsetzung von Reformen, die den Beitrag der WTO zu mehr Nachhaltigkeit verlangen
- Verhandlungen über stärkere Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Interventionen
- Wiederherstellung einer voll funktionsfähigen WTO-Streitbeilegung
- Abschluss eines umfassenden WTO-Abkommens zum digitalen Handel

Besonders hervorzuheben ist der Bedarf durchsetzbarer Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen oder Staatsunternehmen. Zudem benötigt das WTO-Regelwerk dringend objektive Kriterien zur Einstufung von Staaten als „Entwicklungsland“, was mit dem Recht auf „besondere und differenzierte Behandlung“ verbunden ist. Schließlich sind auch verbindliche Regelungen für den digitalen Handel überfällig.

3.5 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren

Parallel zu einer Reform der multilateralen Handelsordnung sollte die EU bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit bedeutenden und dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen vorantreiben. So kann Europa vom Freihandel profitieren und zugleich ein Signal gegen Protektionismus setzen. Es muss aber stets bedacht werden, dass bilaterale Abkommen im Vergleich zu einem multilateralen Handelssystem nur die zweitbeste Lösung sind.

Die EU hat bereits mit 77 Ländern Handelsabkommen vereinbart. Die sog. Abkommen der „neuen Generation“ enthalten neben dem Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen auch Regeln zum Investitionsschutz, der Harmonisierung von Standards und Bestimmungen zum Urheberrecht. Um am dynamischen Wachstum in vielen Regionen der Welt partizipieren zu können, muss die EU weitere Abkommen schließen. Der vbw Studie *Verschiebungen in der Weltwirtschaft – Gefahr für die ökonomische Dominanz des Westens* zufolge werden gut 90 Prozent der bis 2040 zusätzlich geschaffenen globalen Wirtschaftsleistung außerhalb Europas generiert.

Dabei gilt es vordringlich, verhandelte Abkommen zügig zu ratifizieren und laufende Verhandlungen schneller abzuschließen. Daneben müssen weitere Regionen in den Blick genommen werden. Insbesondere sollte sich die EU um ein Gegengewicht zur Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) bemühen, dem 2020 im asiatisch-pazifischen Raum geschlossenen und derzeit größten geltenden Freihandelsabkommen. Außerdem sollte ein Abkommen mit den USA nicht aus dem Auge verloren werden.

3.6 Europa muss zu den USA und zu China gute Beziehungen unterhalten

Die EU ist sowohl mit den USA als auch mit China wirtschaftlich eng verflochten. Das Handelsvolumen zwischen der EU und China lag im Jahr 2020 mit bei 586 Milliarden Euro und damit in ähnlicher Größenordnung wie das europäisch-amerikanische Handelsvolumen von 555 Milliarden Euro. Mit den USA bestehen intensivere Verflechtungen u.a. im Bereich der Direktinvestitionen oder der grenzüberschreitenden Forschung. Umgekehrt hat China für die EU eine überdurchschnittliche Bedeutung als Importquelle, insbesondere bei Energie- und kritischen Industrierohstoffen.

Deshalb muss es im europäischen Interesse sein, zu beiden Staaten bzw. zu den von diesen Staaten dominierten Wirtschaftsräumen gute und stabile Beziehungen zu unterhalten. Dies bestätigt die vbw Studie *Verschiebungen in der Weltwirtschaft – Gefahr für die ökonomische Dominanz des Westens*. Im hypothetischen Szenario einer Blockbildung in der Weltwirtschaft würde die EU ökonomisch verlieren – sowohl, wenn sie sich dem US-dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den chinesisches dominierten Block.

Die EU muss als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren und so der zunehmenden Bipolarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Damit kann Europa das globale Handels- und

Wirtschaftssystem stabilisieren. Die Bedeutung Europas als Absatzmarkt ist nach wie vor groß genug, um diese Rolle selbstbewusst ausüben zu können. So gehen 15 Prozent der US-Exporte und 14 Prozent der chinesischen Ausfuhren in die EU.

Die transatlantische Beziehung ist die wirtschaftlich und auch politisch bedeutendste Partnerschaft der EU. Sie ist tief in gemeinsamen Interessen und Werten der EU und der USA verwurzelt. Mit der neuen US-Regierung und ihrer angekündigten Rückkehr zu Multilateralismus und transatlantischer Zusammenarbeit bieten sich auch neue Perspektiven für eine engere Zusammenarbeit. Die EU muss sich aktiv für die Stärkung der Partnerschaft mit den USA einsetzen.

Das darf die EU aber nicht davon abhalten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch mit China zu intensivieren. Eine Entkoppelung vom chinesischen Markt, wie sie die US-Regierung unter Trump forderte, kann es für die EU nicht geben. Die Regierung Biden will die China-Politik der USA überprüfen und mit ihren Alliierten in Europa beraten. In diesen Beratungen muss sich die EU für ihre Interessen einsetzen.

China ist gerade jetzt ein wirtschaftlich stabilisierender Faktor. Von dem wirtschaftlichen Schock, den die Corona-Pandemie ausgelöst hat, konnte sich China vergleichsweise schnell erholen. Allerdings tritt China mit seinem staatskapitalistischen System ökonomisch und geopolitisch anders auf als die freien Marktwirtschaften der EU. Die EU muss das in ihrer neuen Handelsstrategie festgelegte Ziel konsequent verfolgen, die Handelsbeziehungen zu China wechselseitig, ausgewogen und fair zu gestalten und den europäischen Unternehmen in China ein Level Playing Field zu ermöglichen. Ein konkreter Schritt in diese Richtung ist die Einigung zwischen EU und China auf ein Investitionsabkommen (Comprehensive Agreement on Investment, CAI). Dieses muss sich nun in der Praxis bewähren.

3.7 Europa muss für fairen Wettbewerb eintreten

Die EU muss ihre handelspolitischen Instrumente weiterentwickeln, um neuen Herausforderungen zu begegnen und ihren Markt und Unternehmen vor unlauteren Handelspraktiken sowie vor der Einflussnahme staatlich subventionierter Investoren zu schützen.

Die Ziele, die die Kommission hierzu in ihrer neuen Handelsstrategie genannt hat, sind zu begrüßen:

- Einführung eines Instruments, um die EU vor möglichen Zwangsmaßnahmen durch Drittländer zu schützen
- Erarbeitung eines Rechtsinstruments, um gegen Verzerrungen durch ausländische Subventionen auf dem EU-Binnenmarkt vorzugehen
- Voranbringung des International Procurement Instrument, das darauf abzielt, den Zugang von EU-Unternehmen zu drittländischen Beschaffungsmärkten zu verbessern
- Verbesserung von Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen auf Drittlandsmärkten durch Vergabe von Ausfuhrkrediten an hiesige Unternehmen, die durch staatliche finanzielle Unterstützung an ausländische Wettbewerber benachteiligt werden

- Verstärkter Einsatz handelspolitischer Maßnahmen bei neuen Formen von Subventionen durch Drittländer, z. B. der Investitionsfinanzierung.

Die Kommission sollte nicht nur die Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen aus Drittländern bei ausländischen Investitionen verfolgen, sondern auch bei öffentlichen Vergabeverfahren – wie sie dies bereits in ihrem Weißbuch zur „Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten“ vorschlägt. Öffentliche Auftraggeber müssen einen Teilnehmer vom Vergabeverfahren ausschließen, wenn feststeht, dass er durch die Regierung eines anderen Staates subventioniert wird.

Im Hinblick auf bilaterale Handelsabkommen muss die EU den Abschluss von sog. „Abkommen der neuen Generation“ forcieren, die auch Regeln zum Investitionsschutz beinhalten, welche europäische Unternehmen vor unfairen Wettbewerbsbedingungen schützen.

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber

Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133

Telefax 089-551 78-91-133

volker.leinweber@vbw-bayern.de

Tatjana Vargas

Abteilung Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258

Telefax 089-551 78-91-258

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2021